

Internet-Blog

kreuz-und-quer.de

Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung

herausgegeben von

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 1. Quartal 2016

1 / 2016

Die Autoren:

Thomas Dörflinger, Stephan Eisel,
Janina Grimm-Huber, Lars Hänsel,
Stefan Holtmann, Manfred Lütz,
Ruprecht Polenz, Ulrich Ruh, Thomas Schwarz,
Cvetelina Todorova, Bernhard Vogel

Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative www.kreuz-und-quer.de zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog kreuz-und-quer.de veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf www.kreuz-und-quer.de

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktion:

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier,
Gerald Hagemann, Klaus Mertes, Ulrich Ruh
stephan.eisel@kreuz-und-quer.de**

Inhaltsverzeichnis

Ulrich Ruh, Familie und Synode zwischen Aufbruch und Beharrung.....	Seite 04
Lars Hänsel, US-Vorwahlen: Gewinnt Trump ?.....	Seite 06
Janina Grimm-Huber, Migration in Mexiko – zwei Seiten einer Medaille.....	Seite 08
Manfred Lütz, Nur im Karneval ist der Rheinländer normal.....	Seite 11
Thomas Dörflinger, Adolph Kolping – aktueller denn je.....	Seite 13
Cvetelina Todorova, TTIP – aus Verantwortung und Überzeugung.....	Seite 15
Thomas Schwarz, Die wichtigste Fluchtursache sind wir selbst.....	Seite 17
Bernhard Vogel, Volksparteien ohne Zukunft.....	Seite 19
Stephan Eisel, Herausforderung für die Mitte.....	Seite 22
Stefan Holtmann, Osterwort 2015.....	Seite 24
Ruprecht Polenz, Gemeinsam und überlegt gegen Terror vorgehen.....	Seite 26

11. Januar 2016

Ulrich Ruh

Familien-Synode zwischen Aufbruch und Beharrung

Welchen Platz die jüngste Vollversammlung der Bischofssynode einmal in der neueren Geschichte der katholischen Kirche einnehmen wird, ist noch nicht ausgemacht. Aber auf jeden Fall war die Synode mit dem Thema „Berufung und Sendung der Familie in der Kirche und in der Welt von heute“ ein herausragendes Ereignis im bisherigen Pontifikat von Papst Franziskus. Das gilt weniger auf Grund ihres Ergebnisses, wie es sich im Schlussdokument vom 24. Oktober 2015 niederschlagen hat, zumal das nachsynodale Schreiben des Papstes ja noch aussteht. Bemerkenswert war vor allem der Vorgang als solcher mitsamt der ihn begleitenden innerkirchlichen Diskussionen und Positionsbezüge.

Sie wurden gefördert durch die neue Form der „Doppelsynode“, die Kombination einer Außerordentlichen und einer Ordentlichen Vollversammlung der Bischofssynode zum gleichen Thema im Jahresabstand. Der Papst selber sprach von einem „synodalen Prozess“, zu dem auch eine zweimalige Umfrage gehörte. Auch das war neu: Den jeweiligen Vorbereitungstexten waren Fragen beigefügt, mit denen die Bischöfe die Probleme von Familien in ihrem Verantwortungsbereich und die Haltung zu den kirchlichen Lehraussagen zur Ehe- und Familienmoral bei den Gläubigen in Erfahrung bringen sollten.

Die deutschen Bischöfe schickten eine zusammenfassende Auswertung der ersten Umfrage an das römische Synodensekretariat, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Die kirchlichen Aussagen zum vorehelichen Geschlechtsverkehr, zur Homosexualität, zu wiederverheirateten Geschiedenen und zur Geburtenregelung fänden kaum Akzeptanz oder würden überwiegend explizit abgelehnt. Das katholische Familienbild wirke auf viele zu idealistisch und lebensfern. Dieser Befund war zwar alles andere als überraschend und dürfte auch über Deutschland hinaus für die Katholiken in weiten Teilen Europas zutreffen. Aber es war gut, dass die Sackgassen wieder einmal markiert wurden, in die sich das katholische Lehramt in Sachen Sexualität und Ehe hineinmanövriert hat.

Das tat auch in besonders eindringlicher Weise ein Memorandum von Bischof Johan Bonny (Antwerpen). Der hierzulande bislang kaum bekannte belgische Bischof hatte den Mut, unter den Stichworten „Kollegialität“, „Gewissen“ und „Lehre“ vor der ersten Familiensynode die für die Kirche anstehenden Knackpunkte anzusprechen und entsprechende Erwartungen an die Vollversammlung zu formulieren. Er wolle, so Bonny, mit seiner Stellungnahme zur notwendigen Offenheit und Gesprächsbereitschaft aufrufen.

Der synodale Prozess löste diese Erwartungen zum Teil ein, jedenfalls in größerem Umfang als die Vollversammlung der Bischofssynode von 1980, die als erste unter Johannes Paul II. auch schon dem Thema Familie gewidmet war. Erfreulich war diesmal vor allem der Zwischenbericht, den der Erzbischof von Esztergom-Budapest, Kardinal Péter Erdő, bei der Außerordentlichen Vollversammlung im Oktober 2014 nach der Aussprache im Plenum vortrug. Er zeigte im Gesamtduktus wie in einzelnen Formulierungen eine bemerkenswerte Offenheit für einen sensiblen und menschenfreundlichen Umgang der Kirche mit den Fragen von Ehe und Familie, nicht zuletzt im Blick auf die „heißen Eisen“ Homosexualität und wiederverheiratete Geschiedene.

Diese Linie setzte sich allerdings bei der Vollversammlung nur begrenzt fort. Schon in den Berichten der einzelnen Sprachgruppen wurde vielfach moniert, der Zwischenbericht entfalte die kirchliche Lehre und ihre Quellen in Schrift und Tradition nur unzureichend und schenke Problemsituationen zu viel Aufmerksamkeit, anstatt das Ideal der christlichen Ehe und Familie herauszustellen. Dementsprechend fiel auch der Abschlussbericht der ersten Vollversammlung aus, über den abschnittsweise abgestimmt wurde. Die Abstimmungsergebnisse wurden – auch das ein Novum in der Geschichte der Bischofssynode - mit dem Bericht zusammen veröffentlicht.

Auch die zweite Familiensynode brachte in den kritischen Punkten keinen Durchbruch, sondern rüderte im Bemühen um einen Konsens unter den Bischöfen nochmals ein Stück zurück, was vor allem für die Frage einer möglichen Zulassung von wiederverheirateten Geschiedenen zur Eucharistie gilt. Hier griff man zu vagen Formulierungen, und auch die Anfragen aus Theologie und gelebter Erfahrung an die offiziellen kirchlichen Positionen zur Empfängnisverhütung und zur Homosexualität fanden keine Berücksichtigung. Anzuerkennen ist demgegenüber der Grundton, auf den der Abschlussbericht gestimmt ist: Es ist das Bemühen erkennbar, die konkrete Wirklichkeit von Ehe und Familie einigermaßen differenziert zur Kenntnis zu nehmen und nicht vorschnell über im Sinn der kirchlichen Lehre „irreguläre“ Situationen den Stab zu brechen. Insofern hat der „Stil Franziskus“ durchaus Wirkungen gezeitigt.

In einer bemerkenswerten Ansprache bei einer Feier zum fünfzigjährigen Jubiläum der Institution Bischofssynode am 17. Oktober 2015 hat der Papst unterstrichen, Synodalität sei der Weg für die katholische Kirche im dritten Jahrtausend und dabei die verschiedenen Ebenen von der Diözese über die Bischofskonferenz bis zur Universalkirche angesprochen. Damit hat Franziskus den Finger in eine der Wunden gelegt, die der katholischen Kirche strukturell zu schaffen machen. Es fehlt an effizienten Formen der Mitberatung und Mitbestimmung; auch durch das Zweite Vatikanische Konzil hat sich daran nichts Grundlegendes verändert. Es käme jetzt darauf an, die päpstliche Vision von einer synodaleren Kirche rechtlich umzusetzen.

Eine andere Wunde der katholischen Kirche betrifft ihre Lehre. Im Umfeld der Synode haben sich vor allem Bischöfe und Kardinäle zu Wort gemeldet, die jede Revision der kirchlichen Lehre ablehnen. Es wäre dagegen dringlich, über eine Neujustierung des kirchlichen Lehramts im Blick auf die Theologie einerseits und den „Glaubenssinn“ des Gottesvolkes andererseits nachzudenken. Hier haben sich die Gewichte zu sehr zugunsten des Lehramts verschoben. Das gilt nicht zuletzt im Bereich der Ehe- und Familienmoral, wo eine massive Kluft in der Beurteilung von Homosexualität, Empfängnisverhütung und außerehelicher Sexualität zwischen der Mehrheit nicht nur der deutschsprachigen Theologie und dem Lehramt besteht.

Dr. Ulrich Ruh (1950) ist Honorarprofessor an der Universität Freiburg im Breisgau und war 1991 – 2014 Chefredakteur der „Herder Korrespondenz“. Er studierte Katholischen Theologie und der Germanistik in Freiburg und Tübingen. Danach war er bis 1979 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Theologischen Fakultät Freiburg (Prof. Karl Lehmann), am Lehrstuhl für Dogmatik und Ökumenische Theologie. 1979 wurde er in Freiburg mit einer Arbeit über Begriff und Problem der Säkularisierung zum Dr. theol. promoviert und trat im gleichen Jahr in die Redaktion der „Herder Korrespondenz“ ein, deren Chefredakteur er von 1991 -2014 war. Seit 2015 gehört er der Redaktion von kreuz-und-quer.de an.

18. Januar 2016

Lars Hänsel

US-Vorwahlen: Gewinnt Trump?

Sind die Amerikaner jetzt ganz verrückt geworden? Mit Donald Trump führt weiterhin einer die meisten Umfragen, der mit markigen Sprüchen auf sich aufmerksam macht - nicht einer, den man sich als Präsident der Supermacht USA vorstellen kann. Trump's Sprüche sind nicht selten rassistisch und haben längst den Boden der amerikanischen Verfassung verlassen. Schon seit Beginn seiner Kandidatur wurde ihm vorausgesagt, dass er damit nicht weit kommen und seiner Kampagne schnell die Luft ausgehen würde. Weit gefehlt. Was ist sein Geheimnis? Und hat er - die anderen republikanischen Kandidaten in Umfragen weit hinter sich lassend - die Nominierung schon so gut wie in der Tasche und ist auf dem Weg ins Weiße Haus? Natürlich nicht. Der Wahlkampf hat verschiedene Phasen, in welchen unterschiedliche Qualitäten zählen. Die bisherige Phase hat er klar gewonnen. Ab jetzt gelten aber andere Regeln.

Die erste Phase war die der Vorstellung der Kandidaten. Auf demokratischer Seite hat sich ein sehr kleines Feld konsolidiert. Nennenswert neben Hillary Clinton, welche schon einmal wegen eines Skandals um die Benutzung privater Server für offiziellen Email-Verkehr fast abgeschrieben galt und sich nun wieder gefangen hat, der Senator aus Vermont, Bernie Sanders. Sanders hat überraschender Weise viel Unterstützung, obwohl er sich selbst als "Sozialist" bezeichnet - Reizwort für viele Amerikaner. Clinton und Sanders sind alles andere als repräsentativ für die demographische Entwicklung der USA, in welcher der Anteil der weißen Bevölkerung rückläufig ist.

Spannender und durchaus bunter ist das Feld, welches zunächst bei den Republikanern antrat. Von zwei Senatoren mit kubanischen Wurzeln (Marco Rubio und Ted Cruz), über einen indischstämmigen Gouverneur (Bobby Jindal), einen erfolgreichen afroamerikanischen Neurologen (Dr. Ben Carson), eine erfolgreiche Geschäftsfrau (Carly Fiorina) bis hin zu Donald Trump, dem Immobilienmogul. Die politische Bandbreite ist zudem enorm. Und alle reden nur von Trump - warum?

Bis jetzt ging es darum, bekannt zu werden. Es zählt Authentizität, nicht politischer Tiefgang. Um bekannt zu werden braucht man normalerweise viel Geld für Präsenz in den Medien und ein gutes Team an der Basis. Donald Trump hat ein anderes Geschäftsmodell gewählt: Unterhaltung des Volkes durch das Auslösen von Kontroversen. Dafür brauchte er kein Geld - er hat in der Tat bisher kaum etwas im Wahlkampf ausgegeben. Starke Sprüche in politisch sensiblen Themen brachten ihm die kostenlose Aufmerksamkeit aller Medien. Alle reden (nur) über ihn. Das beste für ihn sind Angriffe auf ihn, da kann er besonders gut zurück schlagen. Das schlimmste, was Donald Trump passieren kann wäre jedoch, langweilig zu werden und nicht mehr wahrgenommen zu werden. Deshalb produziert er weiter Kontroversen.

Warum hat ihm das bisher nicht geschadet? Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Das wichtigste ist wohl, dass es einen weitreichenden Vertrauensverlust in gesellschaftliche Institutionen gibt. Der Kongress ist seit Jahren dysfunktional und liegt bei einer Zustimmungsrate von knapp 10%. Auch Präsident Obama hat viele enttäuscht. Er hat seine Versprechen nicht halten können - etwa das Land wieder zusammen zu bringen und Gräben zu überwinden. Für viele hat er das Gegenteil getan. In Sicherheitsfragen wird er als unentschlossen und schwach gesehen. Dass Obama den Eindruck erweckt hatte, dass der weltweite Terror von Al Qaida bis IS im Griff sei, während derzeit die subjektive Wahrnehmung terroristischer Bedrohung die höchste seit 9/11 ist, zeigt vielen, dass Politiker nicht die Wahrheit sagen. Dann: die um sich greifende "political correctness" in der Öffentlichkeit, besonders auch an Universitäten. Viele trauen sich nicht, Probleme offen anzusprechen. Gleichzeitig glauben zwei Drittel, dass sich das Land in die falsche Richtung entwickelt. Der "American Dream" ist für mehr als die Hälfte ausgeträumt: sie glauben nicht, dass es ihren Kindern besser gehen wird als ihnen.

Und nun kommt einer wie Trump: "Making America great again!" Er spricht vieles an, wo viele Menschen das Gefühl haben, dass da etwas im Argen liegt, ohne dass es die Politik offen angeht: Immigration, Terror,

wachsende –rivalen der USA wie China, Globalisierung etc. Trump hat damit nicht nur republikanische Unterstützer gewonnen, sondern auch demokratische Wähler. - Mit seinem Vorschlag, Muslime nicht mehr ins Land zu lassen, hat er nun jedoch übertrieben und eine Mehrheit folgt ihm darin nicht. Wie sonst nie zuvor hat er zudem Republikaner gegen sich geeint. Ob ihm das mittelfristig schadet, wird man sehen.

In dieser Phase spielen auch die TV-Debatten eine besondere Rolle bei der Bekanntmachung der Kandidaten. Allerdings bleibt da pro Kandidat - bei 15 auf der Bühne! - nur äußerst wenig Zeit. Was da zählt, ist Showtalent – wiederum keine tiefgründigen politischen Argumente. In dieser ersten Phase ist Trump der Gewinner, das steht außer Frage. Für die anderen war wichtig (finanziell) durchzuhalten. Bobby Jindal und Scott Walker haben die erste Runde nicht geschafft. Aber wie geht es weiter? Eines ist klar: mit nationalen Umfragen wird man nicht Präsident. Jetzt kommt die zweite Phase: die Vorwahlen, an deren Ende die Nominierung durch die Partei steht. Eines ist jetzt schon klar: das Feld der Kandidaten wird sich dramatisch reduzieren. Eine Unterstützung von 30% der republikanischen Wähler, welche Trump jetzt in Umfragen hat, sieht in einem Feld mit 15 Kandidaten anders aus, als mit 3-4 Kandidaten. Die spannende Frage ist, was mit den anderen 60% passiert.

In der Phase der Vorwahlen hat der die besten Chancen, wer die besonders engagierten republikanischen und demokratischen Wähler in den jeweiligen Staaten gewinnt. Das ist je nach politischer Ausrichtung der beteiligten Wählerschaft in den Staaten unterschiedlich. Die ersten Vorwahlen zählen dabei besonders viel - nicht weil die Staaten wie Iowa, New Hampshire oder South Carolina so groß wären. Aber hier kann sich eine entscheidende Dynamik entwickeln, die dann nur schwer zu ändern ist. Traditionell hat deshalb jeder am Ende erfolgreiche Präsidentschaftskandidat einen dieser Staaten gewonnen. Der erste Staat, in welchem Vorwahlen stattfinden, werden Sen Ted Cruz gute Chancen ausgerechnet. Er gilt konservativ, auch in sozialen Fragen. In Iowa entscheiden auch stark evangelikale Gruppen mit, die Trump wenig anspricht. Sie unterstützen bislang Ben Carson, dessen Umfragewerte stetig nach unten gehen. Die evangelikale Unterstützung Carsons dürfte Trump kaum für sich gewinnen können. Wir werden sehen, was es für Trump (als den selbsternannten Gewinner schlechthin!) bedeutet, wenn er gerade die erste Vorwahl nicht gewinnt.

Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass Trump auch in den Vorwahlen weiter vorankommt. Schon sprechen die Medien von einer "brokered convention", wo der Entscheid letztlich nicht bereits bei den Vorwahlen getroffen wird, sondern erst beim Nominierungsparteitag Ende Juli - ein unterhaltsames Fest für die sensationshungrige Presse, weshalb schon jetzt viel über eine "brokered convention" geschrieben wird. Dahin ist es noch ein langer Weg und es gilt erst einmal genau zu beobachten, wie sich die Vorwahlen entwickeln.

Nach derzeitigem Stand sieht es nach einem Dreikampf aus: zwischen Trump, Cruz und Rubio. Cruz wäre dabei ein "Trump light", den diejenigen unterstützen könnten, denen Trump zu weit geht und die zudem religiös sind. Rubio wäre dabei der Kandidat, der außerdem von moderateren Republikanern und vom republikanischen Establishment unterstützt würde. Diese Rolle wurde eigentlich Jeb Bush zugeschrieben, dessen Umfragewerte am Boden liegen – trotz massivem finanzieller Einsatz. Die Frage ist, wie lang er sich in den Vorwahlen halten kann, vor allem um weitere Unterstützung der Sponsoren zu bekommen. - Rubio gilt zudem in diesem Trio (mit Trumo und Cruz) als am ehesten auch am Ende von den unabhängigen Wählern als wählbar.

Nach der Nominierung im kommenden Sommer beginnt der eigentliche Wahlkampf der beiden dann nominierten Kandidaten. Dabei ist jetzt schon klar, wer gewinnen wird: nämlich derjenige Kandidat, der 1. die eigene Basis am besten mobilisiert, und 2. die unabhängigen Wähler in der Mitte ansprechen kann. Trump kann allenfalls mobilisieren - derzeit um die 30% der republikanischen Wähler, als möglicher Kandidat der Republikaner wohl auch etwas mehr. Was ihm sicher schwer fallen dürfte, ist die Unabhängigen anzusprechen. Das US-Wahlsystem favorisiert letztlich moderate Kandidaten und nicht die Extreme. Auch das ist ein Grund, warum man nicht nur auf Trump schauen sollte, sondern bei den Republikanern auch weniger extreme Kandidaten wie Rubio genau beobachten und sich weiterhin für ganz neue Entwicklungen offen halten sollte. Um diese Zeit im vergangenen Präsidentschaftswahlkampf war „Pizza-Bäcker“ Herman Cain der Frontrunner. Und wer hatte Anfang 2008 den jungen Senator Barack Obama auf dem Radar?

Dr. Lars Hünsel (1967) leitet seit 2011 das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington DC mit Zuständigkeit für die USA und Kanada. Nach dem Studium der evangelischen Theologie ab 1988 in Leipzig, Tübingen und Jerusalem vertrat er für viele Jahre die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel.

Janina Grimm-Huber

Migration in Mexiko: zwei Seiten einer Medaille

Die Einwanderungsdebatte hat nicht nur einen zentralen Platz im politischen Geschehen Europas und Deutschlands eingenommen. Wer über die letzten eineinhalb Jahre die Berichterstattung in den amerikanischen Medien aufmerksam mitverfolgt hat, weiß, dass auch dort das Thema Migration im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit steht.

Ausgelöst wurde die Diskussion in Nord- und Mittelamerika im Sommer 2014, als nämlich US-Grenzschrützer insgesamt 70.000 Minderjährige ohne Begleitung von Erwachsenen - ein Großteil stammte aus El Salvador, Guatemala und Honduras – daran hinderten, die mexikanisch-amerikanische Grenze illegal zu überqueren. Zutage traten dabei nicht nur die erheblichen Mängel der US-Zuwanderungspolitik. Der unerwartete hohe Anstieg der Kindermigration lenkte auch verstärkt den Blick auf die Situation in den Ländern Zentralamerikas, den sogenannten Herkunftsländern. Anhaltende Armut und Gewalt seien die wesentlichen Problemfelder Mittelamerikas und Hauptursachen für die Emigration so vieler Menschen in den letzten Jahren.

Auch Mexiko entkam in diesen Monaten der humanitären Krise nicht dem kritischen Blick der Weltöffentlichkeit. Insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika übten viel Druck auf die mexikanische Regierung aus, mit dem Argument, Mexiko sei als Transitland für die prekäre Situation mitverantwortlich. Präsident Barack Obama bat seinen mexikanischen Kollegen Enrique Peña Nieto entsprechend um Hilfe bei der Eindämmung des Migrantenstroms in Form einer stärkeren Grenzkontrolle an der Grenze zu Guatemala und Belize.

Migration in die USA

Mexiko spielt ohne Frage eine zentrale Rolle für den Einwanderungszuwachs in den Vereinigten Staaten von Amerika. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wanderten jährlich mehrere tausend Mexikaner in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, mit dem Ergebnis, dass heute insgesamt 11.5 Millionen in Mexiko Geborene ihren Lebensmittelpunkt in den USA haben.

Verschiedenste Pull- und Push-Faktoren haben zu diesem Ergebnis beigetragen. Die eingehende Analyse der einzelnen Migrationswellen verdeutlicht, dass die Emigration hauptsächlich von wirtschaftlichen Motiven geprägt ist, aber auch immer stärker durch zunehmende Gewalt und Drogenkriminalität sowie den Wunsch nach Familienzusammenführung beeinflusst wird.

Weitere Anreize für die Einwanderung vieler Mexikaner in die USA bot die amerikanische Regierung selbst. Insbesondere als die Vereinigten Staaten unter Arbeitskräftemangel litten, stellte ihre Regierung offizielle Arbeitsgenehmigungen für mexikanische Gastarbeiter aus. Das „Bracero-Programm“ ist hierfür das beste Beispiel. Es handelte sich um ein formales bilaterales Übereinkommen beider Staaten von 1942-1964, welches es vier bis fünf Millionen Mexikanern ermöglichte, auf legale Art und Weise auf US-Farmen zu arbeiten. Wie auch andere ähnliche Maßnahmen scheiterte das Bracero-Programm daran dass die „Gäste“ blieben und sich nichts als dauerhafter erwies als die temporär begrenzte Zuwanderung.

Dem Scheitern des Programms folgten verschiedene gesetzliche Neuerungen, welche aber starke Anreize für die rechtswidrige Erwerbstätigkeit in den USA schufen, und folglich auch der illegalen Einwanderung zuträglich waren. Somit machen die Mexikaner trotz einer leichten Rücklaufquote

seit 2007 heute noch etwa die Hälfte (52%) aller illegalen Einwanderer in den Vereinigten Staaten aus. In absoluten Zahlen gesprochen, leben und arbeiten 5,9 Millionen von ihnen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in den USA.¹

Mexiko als Transitland

Mexiko ist aber nicht nur Ausgangspunkt für Emigranten aus dem Land selbst, sondern charakterisiert sich ebenso als Haupttransitland für Zentralamerika. Wer aus Guatemala, Honduras oder El Salvador stammt und sein Glück in den USA versuchen möchte, beginnt seine Reise meistens an der tausend Kilometer langen Grenze zu Mexiko. Diese zu passieren ist im Vergleich zur Nordgrenze, die an Amerika grenzt, ein Kinderspiel. Was es so einfach macht, ist, dass große Teile der Grenze in zerklüftetem oder bewaldetem Gebiet in den ärmsten Regionen des Landes liegen und daher bis in jüngster Vergangenheit nur sporadisch von der mexikanischen Bundespolizei und dem Bundesministerium für Migrationsangelegenheiten gesichert und kontrolliert wurden. Dem Innenministerium zufolge schaffen es daher jährlich 150.000 Menschen ohne Papiere über die mexikanische-guatemalteckische Grenze. Im ersten Quartal des US-Fiskaljahres 2014 nahm der amerikanische Bundesgrenzschutz 162.751 Menschen aus Mittelamerika ohne Einreiseerlaubnis an der Grenze zu Mexiko fest.²

Dass diese Entwicklung den US-Politikern zunehmend ein Dorn im Auge ist, ist kein Geheimnis. In der Hoffnung, das Problem in den Griff zu bekommen, erfolgten von Seiten der Vereinigten Staaten bereits erste Eingriffe in die mexikanische Migrationspolitik in Form von satten Finanzspritzen. Zugunsten einer effektiveren Grenzsicherung gingen im Rahmen der „Merida-Initiative“ um die 50 Millionen US-Dollar über den Verhandlungstisch.³

Seit der besagten Migrationskrise von 2014 stieg der Handlungsdruck für Mexiko noch weiter, mit der Konsequenz, dass die Regierung im Juni 2014 ein „Aktionsprogramm für die Südgrenze“ (Programa de la Frontera Sur) verabschiedete.

Präsident Enrique Peña Nieto beteuerte, dass das Programm in erster Linie zum Schutz der Migranten auf der Durchreise diene. Ein näherer Blick auf die Geschehnisse und Entwicklungen der letzten Monate zeigt allerdings, dass der offizielle Regierungsdiskurs nicht kohärent mit der konkreten Umsetzung dieses Programms ist: Mexiko legt in der Praxis anscheinend viel mehr Wert auf die signifikante Verstärkung des Grenzschutzes, Massendeportationen im Schnelldurchgang und auf stärkere Kontrollen der frequentiertesten Migrationsrouten durch das Land. Medienberichten zufolge wird das mexikanische Institut für Migration bis zum Ende des Jahres 2015 173.000 Migranten aus Zentralamerika ausgewiesen haben. Das wären 60.000 deportierte Migranten mehr als die USA im selben Zeitraum verzeichnen wird.

Die Medien, Migrationsexperten und Menschenrechtsorganisationen kritisieren den harten Umgang, den die mexikanischen Behörden und Polizisten gegenüber den Zentralamerikanern an den Tag legen. Anstatt die Rechte dieser Migranten zu schützen werde vielmehr Jagd auf die undokumentierten unter ihnen gemacht und in Massen deportiert. Die aufgegriffenen Migranten kommen zeitweise in Auffanglagern unter, wo sie in gefängnisähnlichen Zuständen ihrer Abschiebung ausharren müssen. Dabei leiden sie zum Teil Hunger, erhalten in vielen Fällen keine angemessene medizinische Versorgung oder psychologische Erstbetreuung und sind der organisierten Kriminalität und dem korrupten Behörden- und Polizeiapparat Mexikos nach wie vor

¹Krogstad, Jens Manuel; Passel, Jeffrey S.: *5 facts about illegal immigration in the U.S.*, in: Pew Research Centre, entnommen aus: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2015/07/24/5-facts-about-illegal-immigration-in-the-u-s/>, 30.09.2015.

²Isacson, Adam: *Mexico's other Border. Security, Migration and the Humanitarian Crisis at the Line with Central America*, entnommen aus: <http://www.wola.org/files/mxgt/report/>, am 01.10.2015.

³Ibid.

schutzlos ausgeliefert.

Ein weiterer kritischer Aspekt dieser neuen Abschiebepolitik ist der Umstand, dass die Behörden keine Asylverfahren einleiten, die prüfen würden, ob jemand Anrecht auf Asyl oder einen temporären Aufenthalt in Mexiko hat. Damit wird das mexikanische Migrationsgesetz schlichtweg verletzt.

Mexiko ist nicht Quelle allen Übels

Dass Mexiko in seiner Rolle eines Durchgangslandes den Wanderungsstrom von Migranten in Richtung der Vereinigten Staaten eindämmen möchte, ist nachvollziehbar. Seine neuesten migrationspolitischen Maßnahmen mögen auch eine gewisse Abschreckungswirkung haben. Doch solange sich die Gewalt- und Armutssituation in den Herkunftsländern Zentralamerikas nicht signifikant verbessert, wird der Abwanderungsstrom nicht abreißen. Und solange der Wille oder die Not zu emigrieren besteht, werden immer auch Mittel und Wege gefunden werden, aus der Misere zu flüchten und in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten zu gelangen.

Daher ist es an der Zeit, dass alle beteiligten Staaten der Region - also die USA, Mexiko und die Staaten Zentralamerikas – mit einer gemeinsamen Anstrengung versuchen sollten, das Problem an der Wurzel zu packen. Es ist ohne Zweifel eine höchst komplexe und langwierige Aufgabe, die sie sich stellen müssten. Doch es geht hier schließlich auch um viel, nämlich darum, Millionen von Menschen das Recht auf ein würdiges Leben in Freiheit, Sicherheit und Frieden zu gewähren, ganz gleich, ob sie sich in ihrem Heimatland, illegal im Ausland oder auf der Durchreise befinden.

Janina Grimm-Huber (1985) ist studierte Politikwissenschaftlerin und arbeitet nun seit vier Jahren für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko. Als Projektkoordinatorin betreut sie vor allem Projekte im Bereich „Energie-, Klima- und Umweltpolitik“ und der politischen Bildung für junge Nachwuchsführungskräfte.“

1. Februar 2016

Manfred Lütz

Nur im Karneval ist der Rheinländer normal

Gerade bin ich im Glücksstress. Täglich Interviews zum Thema Glück. Aber ich bin das selber schuld, denn ich habe ein Buch geschrieben, von dem der Verlag behauptet, es sei das letzte Glücksbuch, das man kaufen müsse. Also ein Glücksbuch für Schwaben, denn man spart damit wahnsinnig viel Geld. Wir Rheinländer gehen mit Schwaben ohnehin fürsorglich um, denn in Schwaben wird schließlich das Geld verdient, das wir im Rheinland fröhlich draufmachen. Während wir hier ausgelassen Karneval feiern, begehen die Schwaben freudlose heidnische Riten unter dem irreführenden Label Fastnacht. Das ist gar nicht lustig. Schwaben sind außerhalb von Schwaben kaum verständlich.

Neulich hat mit Wolfgang Thierse ein Urberliner sein totales Unverständnis für Schwaben zum Ausdruck gebracht. Das allerdings spricht nicht gegen die Schwaben, sondern gegen die Berliner. Die fühlen sich nur mit Mauer wirklich wohl. Und seit es die Mauer nicht mehr gibt, haben sie sich viel einfallen lassen, um den Kontakt mit der Außenwelt zu vermeiden. Mit großem Erfolg. Mit dem Auto kann man Berlin nicht erreichen, weil die Elbe meistens die Autobahn überflutet. Mit dem Zug kommt man auch nicht durch, denn der Hauptbahnhof liegt mitten in einer Einöde, da kommen Sie gar nicht weiter. Vor dem Bahnhof stehen zwar Autos mit der Aufschrift „Taxi“, aber wenn man glaubt, man komme damit weg, hat man sich gründlich getäuscht. Fragt man die Leute, die daneben stehen, freundlich, ob man damit wegfahren könne, reagieren die mit kundenfreundlichen Bemerkungen wie: „Nu werden se mal nich frech, dat Auto gehört mir“.

Und über den Berliner Flughafen kann man ja gar nicht mehr reden, ohne dass ein gestandener Berliner in hemmungsloses Schluchzen ausbricht. Die einzige Chance wäre gewesen, Herrn Schabowski zum Pressesprecher des Berliner Flughafens zu machen, eine Pressekonferenz zu organisieren, bei der ein Journalist die vorbereitete Frage gestellt hätte: Wann wird der Berliner Flughafen eröffnet? Und darauf hätte Schabowski auf einen Zettel geschaut und genuschelt: „Unverzüglich, hier steht unverzüglich...“ Das ist die einzige Methode, mit der Sie in Berlin größere Bauprojekte eröffnen können. Nun aber ist leider auch Schabowski tot.

Der ganze Ärger mit Berlin ist für Rheinländer allerdings nichts Neues. Schon Konrad Adenauer hat in Köln-Deutz die Vorhänge in seinem Zugabteil zugezogen, weil da Sibirien beginne. Zu recht! Und Jürgen Becker verkündete: Berlin ist eine Reise wert – man darf bloß nicht aussteigen! Während linksrheinisch uraltes Kulturland ist, wo man Baugruben mit dem Teelöffel ausheben muss, da überall reiches römisches Kulturgut aus dem Boden sprießt, sind die rechtsrheinischen Gebiete kulturelles Niemandsland, geistige Einöde, intellektuelles Nirwana, wo man Kultur höchstens aus dem Fernsehen kennt.

In Köln liegt der kulturgesättigte öffentlich-rechtliche WDR natürlich linksrheinisch, während der Sender für Leute, die nicht lesen und schreiben können, also RTL, nach Köln-Deutz gezogen ist. Tränen lügen nicht und die Geographie auch nicht. Linksrheinisch muss man Latein nicht lernen, man spricht es. Rechtsrheinisch dagegen passieren immer wieder katastrophale Pannen, wenn man sich mit lateinischen Worten vertut.

Da ist zum Beispiel das Wörtchen „Inklusion“. Früher sprach man von „Integration“, wenn es

darum ging, Behinderte als gleichberechtigt in der Gesellschaft anzuerkennen. Heute muss man dazu „Inklusion“ sagen. Warum? Ganz einfach: Weil der Erfinder dieses Begriffs kein Latein konnte. Inklusion heißt nämlich wörtlich übersetzt – „Eingeschlossen“. Nun gibt es in meinem psychiatrischen Krankenhaus auch eine geschlossene Station, aber ich kann überhaupt nicht verstehen, warum man jetzt all die armen Behinderten einschließen soll. Schon vor Jahren habe ich ein Buch mit dem Titel geschrieben: „Irre – Wir behandeln die Falschen. Unser Problem sind die Normalen.“ Da sollte man doch besser die Normalen einschließen, oder?

Jedenfalls haben wir im Rheinland das Problem der Inklusion souverän gelöst: Wir haben alle Behinderten des Rheinlands einfach in einer bestimmten Stadt untergebracht: Düsseldorf! Zum Beispiel sitzt dort die Landesregierung. Das sind Leute, die sich einbilden, sie könnten das Rheinland regieren. Auf die Idee muss man erst mal kommen! Das hatten sich schon die Erzbischöfe von Köln eingebelehrt und wurden in der Schlacht bei Worringen 1288 eines besseren belehrt. Dann haben es nochmal in aller Naivität die Preussen versucht. Die haben wir nicht mit Waffengewalt vertrieben, sondern mit geistreichem Humor. Dazu haben wir eigens den besonderen rheinischen Karneval erfunden. Wie das ausging ist bekannt: Preussen gibt es nicht mehr, aber den Karneval immer noch.

Die Karnevalszeit ist übrigens die einzige Zeit des Jahres, in der der Rheinländer normal ist. Da ist er normal angezogen, verhält sich normal, redet normal. Im Rest des Jahres verkleidet er sich und redet gesittet, um andere Menschen nicht zu irritieren. Außer natürlich in Düsseldorf. Da fühlt man sich ganzjährig nur wohl in teuren Klamotten. Das hat mit einem alten Minderwertigkeitskomplex zu tun. Denn in Wirklichkeit hieß der Düsseldorfer ja gar nicht Düsseldorfer, ursprünglich hieß er – Neandertaler! Doch weil ihm das peinlich war, hat er sich einen Künstlernamen – Düsseldorfer – zugelegt und verkleidet sich kostspielig, aber erfolglos. Denn selbst wenn er sich auf der Kö in teuersten Zwirn wirft, man merkt ihm den Neandertaler dennoch an. Wenn man nämlich mit ihm redet, oder ihm beim Autofahren zusieht.

Wie das kommt, das wurde mir jüngst deutlich, als ich am Düsseldorfer Flughafen im Autoparkhaus von der obersten Etage im Aufzug nach unten fuhr. Da sah ich zufällig auf die Etagenknöpfe und stellte fest: Die waren in Blindenschrift! Ungelogen! Im Autoparkhaus! Da hat man doch normalerweise die stille Hoffnung, dass der Blinde da wenigstens eine sehende Begleitung hat! Doch danach habe ich mir den Autoverkehr in Düsseldorf mal genauer angesehen: Man merkt das!

Dr. med. Dipl. theol. Manfred Lütz (1954) ist Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Theologe und Kabarettist. Seit 1997 ist er Chefarzt des Alexianer-Krankenhauses in Köln. Er publizierte zahlreiche Bestseller, darunter 2002 „Lebenslust – Wider die Diätsadisten, den Gesundheitswahn und den Fitnesskult“, 2007 Gott – Eine kleine Geschichte des Größten“ und 2009 „Irre! Wir behandeln die Falschen, unser Problem sind die Normalen. 1981 gründete er eine integrative Behindertengruppe, für die er seitdem ehrenamtlich tätig ist.

Thomas Dörflinger

Adolph Kolping – aktueller denn je

Adolph Kolping (1813 – 1865), der zunächst Schuster war und dann Priester wurde, ging als der „Gesellenvater“ in die Geschichte ein. Brauchen Gesellen heute noch einen Vater? Zudem einen, der schon 150 Jahre tot ist? Ist Kolping, der die Gesellenvereine und die Gesellenvereine ins Leben rief, nur mehr eine historische Figur und damit das Kolpingwerk, das heute auf seinen Spuren und in seinem Namen arbeitet, ein Auslaufmodell? Ein näherer Blick auf den katholischen Seligen und auf den Verband, der heute knapp 250.000 Mitglieder in Deutschland und weltweit gut 450.000 Mitglieder zählt, lohnt.

„Gott stellt jeden dorthin, wo er ihn braucht.“ Damit meinte Kolping weniger irgendeine Form von Vorsehung, er formulierte mit dem Satz einen wesentlichen Aspekt des Prinzips der Personalität. In der Gottesebenbildlichkeit hat buchstäblich jeder Mensch seine eigene Würde. Jeder Mensch hat seine eigenen Talente (Mt 25, 14-30). Kolping ermunterte die bis dahin vagabundierenden Gesellen, sich ihrer Würde bewusst zu werden. Er stiftete (in Gesellenvereinen) Gemeinschaft und (und in Gesellenhäusern) Heimat, die Fortbildung, Interessensvertretung und Sparvereine ermöglichten. Über hundert Jahre später nannte man Letzteres Mikrofinanzierung, und es war Grundlage für die Verleihung eines Nobelpreises.

„Wenn jeder auf seinem Platz das Beste tut, wird es in der Welt bald besser aussehen.“ Zugegeben; ein Zitat, das es so auch von anderen gibt. Aber: Im Gegensatz zu Marx, der in der Erhebung des Proletariats die Lösung sah, setzte Kolping auf Evolution statt Revolution. Er setzte mit der der Entwicklung kleiner Einheiten die Grundlage für das Prinzip der Subsidiarität; ähnlich wie seine Zeitgenossen Ketteler und Wichern. Kleine Einheiten sollten befähigt werden, ihre Dinge selbst zu regeln. Erst bei deren Überforderung tritt die nächsthöhere Einheit auf den Plan. Knapp 30 Jahre nach Kolpings Tod finden sich diese Gedanken in der Enzyklika „Rerum novarum“ Papst Leos XIII.; sie bilden heute einen Grundstein der Sozialen Marktwirtschaft und regeln idealiter das Verhältnis zwischen Staat und Individuum.

„Die Nöte der Zeit werden Euch lehren, was zu tun ist.“ Schon in der Frühphase der verbandlichen Entwicklung schärfte Kolping den Gesellen den Blick über den Tellerrand. Wo Freiheit entsteht, wächst auch Verantwortung. Verantwortung für jene, denen es weniger gut geht. Dies zeigt sich in der raschen Verbreitung der ersten Gesellenvereine zunächst über das Rheinland in andere deutsche Gegenden; noch zu Lebzeiten Kolpings nach Österreich, der Schweiz und andere europäische Staaten. Deutsche Auswanderer nehmen die Idee mit in die neue Welt. In den späten 1960er Jahren fasst das Kolpingwerk Fuß auf anderen Kontinenten und gehört mittlerweile zu den wichtigsten Akteuren entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Was ist heute daraus geworden?

Den rein männlichen Gesellenverein von damals gibt es so gut wie nicht mehr. Längst sind Frauen nicht nur Mitglied, sondern tragen Verantwortung im Verband. In über 2.500 **Kolpingsfamilien** und 27 Diözesanverbänden in Deutschland kümmern sich die Mitglieder vor Ort um Kinder- und Jugendarbeit, sorgen sich um die Erwachsenenbildung und engagieren sich in der Seniorenarbeit. Der Gesellenverein von einst ist zum generationsübergreifenden Verband geworden. Man kümmert sich partnerschaftlich und auf Augenhöhe zusammen mit verbandlichen Akteuren in Afrika, Lateinamerika, Europa und Asien um die Belange der Einen Welt.

Wandernde Gesellen, wie man sie aus der Mitte des 19. Jahrhunderts kannte, sind selten geworden. Aber eine Wissensgesellschaft, die jungen Leuten auf der Suche nach Ausbildung ein Mehr an Mobilität abverlangt als noch vor 30 Jahren, provoziert ähnliche Herausforderungen. Was früher Gesellenhaus hieß, ist heute **Kolping Jugendwohnen**. Eine Anlaufstelle für junge Azubis, die am Ort ihrer Ausbildung nicht nur eine bezahlbare Unterkunft, sondern auch ein Freizeitangebot und eine pädagogische wie pastorale Begleitung finden. Schon seit einer Reihe von Jahren ist Kolping Jugendwohnen ein verlässlicher Partner bei der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen; eine Kompetenz, die angesichts der aktuellen Herausforderung von besonderer Bedeutung ist.

Menschen, deren Startchancen in Beruf und Ausbildung verbesserungsbedürftig sind, gab es zu Zeiten Kolpings, und es gibt sie heute. **Berufsbildungswerke** in der Trägerschaft von Kolping befördern bei benachteiligten Jugendlichen den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt.

Bildungswerke mit Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote auch für Erwachsene machen beide Einrichtungen zusammen heute zu einem wichtigen Akteur auf dem Bildungssektor. Neben der Arbeit steht aber selbstverständlich auch der Urlaub. Urlaub auch für jene, die sich teure Ferien in der Ferne nicht leisten können oder wollen. Hier setzen die **Familienferienstätten** an. Wem die Anonymität eines großen Hotels eher fremd ist, trifft dort auf Gleichgesinnte. Spezielle Angebote für Kinder, ob gemeinsam oder ohne die Eltern; Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung ergänzt auch hier durch eine pastorale Begleitung.

Das Christentum sei nicht nur für die Betkammern, hat Adolph Kolping einmal leicht provozierend bemerkt. Daher schärfte er schon zu seinen Lebzeiten den Gesellen ein, sie sollen sich als tüchtig erweisen; in der Familie, in der Arbeit, in der Gesellschaft und als Christ. So besitzt für Kolpingmitglieder das Engagement für die Allgemeinheit seit jeher einen hohen Stellenwert. Man findet sie in Gewerkschaften, in Parteien, in Parlamenten (aktuell z.B. 33 Mitglieder im Deutschen Bundestag) oder in den Gremien der **Sozialen Selbstverwaltung**. Auch wenn das Kolpingwerk bis heute stets darauf geachtet hat, parteipolitisch neutral zu agieren, so eint die Arbeit seiner Mitglieder doch bestimmte Prinzipien. Das Eintreten für den Schutz des Lebens in allen Phasen menschlichen Daseins; die gesellschaftliche Orientierung an jenen, die nicht unbedingt zu den Privilegierten gehören; die stetige Mahnung, die Ausrichtung an der katholischen Soziallehre bei der Gestaltung von Staat und Gesellschaft im Blick zu haben; schließlich der Schutz von Ehe und Familie als der Keimzelle der Gemeinschaft, ohne dass man hierdurch die Anerkennung jener aus den Augen verlöre, die sich für eine andere Form des Zusammenlebens entschieden haben.

Apropos Familie. In einer Familie, auch in der Kolpingsfamilie und damit im Kolpingwerk hat die Jugend ihren besonderen Stellenwert. 45.000 Mitglieder zählt die **Kolpingjugend** in Deutschland. „Gemeinschaft macht Spaß – Engagement auch!“, lautet ihr Motto. Zwar geht der demographische Wandel auch am Kolpingwerk nicht spurlos vorüber, und man macht sich innerhalb der Verbandsleitung intensive (und nicht ohne Erfolg) Gedanken, wie die Mitgliederzahlen stabilisiert werden können. Manche Ratschläge sind aber zeitlos gültig, und damit wären wir zum Schluss wieder bei Adolph Kolping: „Wer die Menschen gewinnen will, muss das Herz zum Pfande einsetzen.“

***Thomas Dörflinger** (1965) ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er vertritt seit 1998 den Wahlkreis Waldshut-Hochschwarzwald im Deutschen Bundestag (CDU). Zuvor war er nach dem Studium der Politikwissenschaft und Geschichte als Journalist tätig. Seit 2004 ist er Bundesvorsitzender des Kolpingwerkes Deutschland. In dieser Funktion gehört er auch dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken an.*

Cvetelina Todorova

TTIP: Aus Verantwortung und Überzeugung

Peter Thiel, der Mitbegründer vom Online-Bezahlsystem Paypal, eröffnet seinen kürzlich erschienen Bestseller „Zero to One“ mit einer spannenden Prognose: Der nächste Bill Gates (Microsoft) wird wahrscheinlich kein Betriebssystem erfinden sowie der nächste Mark Zuckerberg (facebook) kein soziales Netzwerk, auch die nächsten Larry Page und Sergey Brin (Google) werden keine Suchmaschine entwickeln. Die neuen Businessiden, die die Welt verändern, werden anders sein, in diesem Augenblick noch unbekannt.

Im produktiven Wettlauf um Fortschritt, Wohlstand und mehr Lebensqualität kämpfen weltweit die besten Ideen und Wirtschaftssysteme um neue Lösungen für eine bessere Zukunft. Über das wo und wann der nächsten großen Erfindung lässt sich nicht entscheiden. Wir können jedoch Standards für den globalen Wettbewerb definieren, Anreize schaffen und mit unserer Wirtschaftsordnung anderen als Vorbild dienen. Die Gestaltung des Handelssystems der Zukunft gehört zweifelsohne dazu.

Zukunftsfähige Handelsregeln, hohe Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherstandards, eine wer-tegeleitete wirtschaftliche Zusammenarbeit - um nichts weniger geht es bei den so umstrittenen Verhandlungen über TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*), deren Ziel eine vertiefte Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA ist.

Selten gab es so viel Unmut gegen Handelserleichterungen in einem Land, das maßgeblich vom Handel profitiert, wie heutzutage in Deutschland gegen TTIP. Die Fakten: Zahlreiche empirische Studien zeigen, dass mehr Handel mit neuen Impulsen für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand einhergeht. Unsere Erfahrung als Exportnation bestätigt diese Ergebnisse. Gute Handelsbeziehungen helfen Arbeitsplätze zu sichern und neue Geschäftsinitiativen zu fördern. Wenn die Regeln offen gegenüber Drittstaaten ausgestaltet sind, entstehen positive Effekte sogar außerhalb des Wirkungsraums des Abkommens. Solche breit angelegten Vereinbarungen könnten auch den Verhandlungen im Rahmen der WTO (Welthandelsorganisation) frischen Wind verleihen.

Ziel der Verhandlungen ist zudem gegenseitige Anerkennung vergleichbarer Zulassungsvorschriften, die gleich hohes Sicherheitsniveau der Produkte gewährleisten. Während die Abschaffung von Zöllen hauptsächlich größeren Unternehmen zugute kommt, profitieren von wenigen nicht tarifären Einschränkungen wie beispielsweise doppelter Sicherheitsstandards vor allem kleine und mittlere Unternehmen.

Mehr transatlantischer Handel wird nicht nur wirtschaftliche Vorteile bringen. Ein erfolgreicher Abschluss dieser Verhandlungen wird viel mehr eine strategische Rolle spielen, die für Europa und unsere Rolle in der Welt besonders wichtig ist.

Die TTIP Verhandlungen stellen eine Plattform zur Definition gemeinsamer ordnungspolitischer Prinzipien dar - Prinzipien für einen regelbasierten und fairen Wettbewerb im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, welche durch ein derart großes Abkommen weltweit an Bedeutung gewinnen würden. Die westlich geprägten Wirtschaftsordnung und Kultur haben dadurch

die Chance, verbindliche ethische und wirtschaftliche Maßstäbe zu setzen und die ordnungspolitische Entwicklung auch in anderen Regionen positiv zu beeinflussen.

Das Festlegen transatlantischer Handelsstandards würde nicht nur Kosten minimieren. Der Haupteffekt ist viel stärker: Ein derartiges Abkommen würde als Blaupause für die Ausrichtung eines modernen Welthandelssystems dienen.

Deshalb wäre es falsch, TTIP als die Liberalisierung bloßer Handelsströme zu begreifen. Eine starke transatlantische Handelspartnerschaft zwischen der EU den USA wäre ein wichtiges geostrategisches Zeichen, insbesondere heute, vor dem Hintergrund einer einmal wieder in Unordnung geratenen Welt.

Wagen wir den Blick über den deutschen Tellerrand hinaus, so stellen wir fest: Die europäische Bevölkerung schrumpft, die Wachstumsraten der Wirtschaft bewegen sich zwischen null und niedrig, unser Gewicht und damit unser Handlungsspielraum in der Welt nehmen eher ab als zu. Es ist deshalb im Sinne unserer deutschen und europäischen Interessen, die politische und wirtschaftliche Gestaltungsfähigkeit Europas zu stärken und den Machtansprüchen neuer Wirtschaftskräfte adäquat zu begegnen. Allein wird weder Deutschland noch Europa eine vergleichbare Rolle auf der Weltbühne spielen wie bisher. Als freiheitliche Demokratie sind die USA auch in Zukunft ein zuverlässiger Freund und Partner mit dem wir gemeinsame Ziele und ein stabiles Wertegerüst teilen.

Dennoch macht das Abkommen vielen Angst. Die öffentliche Debatte ist fast ausschließlich von Skepsis und Sorgen geprägt. Von Ängsten *made in Germany* ist inzwischen die Rede. Dass die Kritik besonders engagiert gegen Freihandelsabkommen mit angelsächsischen Ländern (USA und Canada) geführt wird, wirft viele Fragen auf und verwundert. Parallel stattfindende Gespräche gleicher Stoßrichtung beispielsweise mit Japan oder Lateinamerika finden in der Öffentlichkeit kaum Beachtung. Immer häufiger fällt stattdessen auf, dass sich professionelle Kampagnenorganisationen, allen voran Campact, mit anti-amerikanischer Stimmungsmache profilieren und mit den Ängsten einer Bevölkerung spielen, die in ihrer Masse an einer echten Diskussion kaum teilnimmt. Aber auch hier gilt: Wer am lautesten schreit, hat nicht automatisch Recht.

Von einer hoch emotionalisierten TTIP Debatte wie unserer kann in anderen Ländern kaum die Rede sein. In den USA steht derzeit vielmehr die transpazifische wirtschaftliche Partnerschaft (TPP) im Vordergrund, die erst kürzlich beschlossen wurde. Aktuell strebt auch China eine asiatisch-pazifische Freihandelszone an. Die Bundeskanzlerin hat es Ende 2014 bei ihrem Besuch in Sydney auf den Punkt gebracht: „Die Welt wartet nicht auf uns“.

Europa darf nicht warten, sondern aus Überzeugung im Sinne der Prinzipien unserer Sozialen Marktwirtschaft (ver)handeln. Es ist unsere Pflicht, heute Verantwortung zu übernehmen, nach welchen Regeln, das nächste Wirtschaftswunder stattfindet.

***Cvetelina Todorova** (1984) ist seit 2012 Koordinatorin für Grundsatzfragen Ordnungspolitik und Soziale Marktwirtschaft in der Abteilung Politik und Beratung in der Konrad-Adenauer-Stiftung. Davor war sie in verschiedenen Positionen für die Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg sowie für die Bundeszentrale für Politische Bildung in Berlin und München tätig.*

Thomas Schwarz

Das Dreieck ist eine runde Sache:

Die wichtigste Fluchtursache sind wir selbst

Bei einem Besuch in Ruanda befragte ich einmal Elie Nduwajesu über die Ursachen der Armut. Er arbeitete damals für eine internationale Hilfsorganisation. Zusätzlich unterstützte er gemeinsam mit seiner Frau Dutzende Kinder, die in bitterer Armut lebten und nach dem Genozid von 1994 ohne Eltern waren. Für ihn bedeutete Entwicklungshilfe, vor allem die Ursachen der Armut zu beseitigen. Er schuftete für dieses Ziel bis an den Rand der physischen Erschöpfung. Ich bin mir nicht mehr sicher, welcher Religion seine Frau und er angehörten. Aber sie handelten zutiefst christlich. Muslime würden vermutlich sagen: zutiefst muslimisch, und Juden zutiefst jüdisch und so weiter.

Bildung, Gesundheit, Nahrung

Im Grunde wollte ich mich bei diesem Gespräch lediglich der Korrektheit meiner Auffassung vergewissern; jene Sicht der Dinge also, die wir bis heute für uns reklamieren, wenn wir über die „Bekämpfung der Fluchtursachen“ faseln. Ich war der Auffassung, dass Bildung alleine die entscheidende Basis jedweder Entwicklung sei und ohne sie keine Entwicklung möglich sei. Und dass der Mangel an Bildungsmöglichkeiten die wesentliche Ursache der Armut sei. Elie Nduwajesu bestätigte meine Gedanken - zunächst. Ja, Bildung, die sei wichtig. Ohne lesen und schreiben zu können sei Entwicklung nicht vorstellbar. Wir waren uns also einig, und ich fühlte mich wohl in meinem reichen Kopf. Dann fragte er: „Was aber geschieht, wenn jemand Hunger hat? Kann er oder sie dann gut lernen?“

Während ich zuhörte, erinnerte ich mich an das Sprichwort „Leerer Bauch studiert nicht gern“. Also reiche es nicht, sich um Schulen und Lehrer zu bemühen; die Jugendlichen müssten natürlich auch ausreichend Nahrung haben. Und es müsse zudem eine gesunde, ausgewogene Ernährung sein. Dann könne es gelingen. Da hatten wir also die beiden entscheidenden Kriterien für eine Entwicklung in armen Ländern herausgearbeitet. Nachdem ich begeistert meine neuen Erkenntnisse zusammengefasst hatte, hob Elie erneut an. „Selbst, wenn Du also eine Schule besuchen kannst und genügend zu essen hast: was geschieht, wenn Du krank bist und der nächste Arzt oder das nächste Krankenhaus Dutzende von Kilometern entfernt sind? Dann wirst Du auch nicht gut lernen können. Also ist die Gesundheit ebenso wichtig wie Bildung und Nahrungssicherheit.“ Dabei legte er die Betonung nicht auf das Wort Nahrung, so wie wir es aussprechen würden, sondern auf „Sicherheit“. Erst dieses interdependente Dreieck macht Armutsbekämpfung zu einer runden Sache.

Armutsbekämpfung bedeutet Fluchtbekämpfung

Es geht bei der Bekämpfung von Fluchtursachen aus christlicher Sicht natürlich nicht darum, möglichst wenige Flüchtlinge hierzulande aufnehmen zu müssen. Jeder einzelne Mensch hat ein Recht auf Nächstenliebe; besonders dann, wenn er in Not geraten ist. Es geht vielmehr um das Gebot der Nächstenliebe. Auch, wenn uns das jemand weis machen will: Die Ursache für die Flucht von Millionen Menschen liegt ja nicht etwa in der Unterfinanzierung von Flüchtlingslagern oder von zwei Millionen Syrern und Irakern auf türkischem Staatsgebiet. So zu argumentieren ist zynisch und zutiefst unchristlich. Abgesehen davon hält es die Leute hierzulande für dumm. Die gewissenlose und ungebremste Ausbeutung der sogenannten „Dritten Welt“ durch uns: das ist die Hauptursache für Armut. Franziskus sagte im September: "Wo die Ursachen im Hunger liegen,

muss man Arbeit schaffen und Investitionen tätigen.“ Das aber geschieht zu wenig, zu langsam und fast immer vor allem auf den eigenen (Handels)Vorteil bedacht.

Papst Franziskus bezeichnet die heutige Fluchtbewegung als "die Spitze des Eisbergs“. Damit hat er recht. Ihre Ursache, so sagte er weiter in einem Interview mit dem portugiesischen Radio Renascenza, sei "ein schlechtes und ungerechtes sozioökonomisches System." Das herrschende System stelle den "Gott des Geldes und nicht mehr den Menschen in den Mittelpunkt." Diesen Eindruck Franziskus' teilen viele. Solange das sogenannte „christliche Abendland“ nicht bereit ist, es dem Heiligen St. Martin nachzutun, wird es unerträgliche Armut und dadurch auch immer Menschen geben, die ihre Heimat verlassen müssen, weil sie sonst nicht überleben könnten. In diesem Sinne Franziskus' klingt das Wort von den sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ zynisch und gottvergessen. Sie gibt es nur, weil wir so leben, wie wir leben; die eigentliche Fluchtursache nämlich sind wir selbst und unsere Lebensweise.

Das ökonomische System ist regional wie global eins der Ausbeutung von ohnehin Armen durch die Reichen. In seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ aus dem Jahr 2013 formuliert der Papst es so: „Ebenso wie das Gebot „du sollst nicht töten“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ sagen. Diese Wirtschaft tötet.“

Unglaubliches Christentum

In vielen Teilen des globalen Dorfes geht es keineswegs um schwierige diplomatische oder gar militärische Herausforderungen. Es geht schlicht und einfach um eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes. Bei einer Eucharistiefeier in Manila sagte Franziskus zu Beginn dieses Jahres: „Die Armen stehen im Mittelpunkt des Evangeliums, sind das Herzstück des Evangeliums.“ Elie Nduwajesu aus Ruanda hatte ein eigenes Waisenprojekt entwickelt, dass Christen als Blaupause dienen könnte. Er nannte es - frei übersetzt - „Die, die Kinder lieben“. Es ging um Patenschaften. Dabei suchten sich nicht etwa die Erwachsenen die Kinder oder Jugendliche aus, für die sie die Verantwortung übernehmen wollten. Vielmehr entschieden die Kinder selbst, wer für sie sorgen sollte. Und die Erwachsenen sorgten dann für sie. Sie fühlten sich in die Pflicht genommen. Erst wenn alle Christen sich selbst in die Pflicht nähmen, gegen die Ursachen der weltweiten Flucht aktiv zu werden, würde unser Selbstverständnis auch real. Wenn dagegen christliche Politiker fordern, Abschiebungen zu zeigen - als „Abschreckung“ -, dann allerdings wirkt das Christentum selbst abschreckend und wird zutiefst unglaublich.

Thomas Schwarz (1957) arbeitete mehr als zwanzig Jahre als Journalist (RTL, RIAS Berlin, Radio HUNDERT,6 sowie Deutsche Welle und Radio Bonn/Rhein-Sieg). Er war u.a. Parlamentskorrespondent und Chefredakteur. Zwei Jahre in der Geschäftsführung eines US-Softwareunternehmens für die Bereiche Marketing, Kommunikation und Business-Development. Danach Pressesprecher und Leiter Internationale Kommunikation für die Hilfsorganisation CARE bis Sommer 2014.

Volksparteien ohne Zukunft?

Haben die Volksparteien noch Zukunft? Mit einer gewissen Regelmäßigkeit steht diese Frage immer wieder auf der Agenda unserer politischen Diskussion. Union und SPD – und sie beide gelten bei uns als Volksparteien – müssen nur bei einer Landtagswahl oder gar bei einer Bundestagswahl jeweils unter 40 % der gültig abgegebenen Stimmen liegen oder zusammen nur noch knapp über 50 % auf sich ziehen, schon wird ihnen das Totenglöcklein geläutet. Zu Unrecht, wie ich meine!

Eine Volkspartei definiert sich für mich heute aus ihrer Fähigkeit, Parteiprogramm und Führungsstruktur so zu gestalten, dass Wähler aus allen sozialen Schichten, aus allen Altersgruppen, aus allen Konfessionen, aus allen Regionen eines Landes sich hinter ihr versammeln. Volksparteien müssen Interessen integrieren und dürfen sie nicht gegeneinander ausspielen. Ihr Anteil an der Wählerschaft ist bedeutsam, aber nicht allein ausschlaggebend. Diese Eigenschaften erfüllen auch heute noch beide großen Parteien, die CDU/CSU und die SPD. Ihre Verankerung in einem bestimmten Milieu, wie sie für SPD und Zentrum – eine der Vorläufer der Union – zurzeit der Weimarer Republik charakteristisch war, hat dagegen offensichtlich an Bedeutung verloren. Kennzeichen der kleinen Parteien – man kann sie auch, ohne sie damit abzuwerten, als Klientelparteien bezeichnen – ist dagegen, dass sie ihre Unterstützung aus bestimmten ausgewählten Kapiteln der Wählerschaft beziehen. Sie kämpfen darum, dieses Potential möglichst voll auszuschöpfen.

Das ist der FDP häufig gelungen, gelegentlich allerdings auch nicht. Erstaunlicherweise hat sich nach der Gründung der Bundesrepublik erst nach Jahrzehnten eine neue Partei dauerhaft etabliert: die Grünen. Sie entstand, weil die beiden Volksparteien ein offenkundig drängendes Thema nicht rechtzeitig erkannt und nicht rechtzeitig aufgegriffen haben. Neugründungen tun sich auch heute noch offensichtlich schwer. Das lehrt das Beispiel der Piraten-Partei. Weil es ihr nicht gelang, schrittweise ein eigenes Programm zu entwickeln und zu einem eigenen Profil zu finden, blieb sie eine „Chaos-Partei“; eine rasch wieder von der Bildfläche verschwundene Partei. Die vorübergehende allgemeine Aufgeregtheit erwies sich als unbegründet. Auch die gegenwärtig von vielen besorgt beäugte AfD wird erst beweisen müssen, ob der von ihr wieder belebte Neonationalismus und ihr Europa-Skeptizismus, wie in anderen EU-Ländern, sich als dauerhaft tragfähig erweisen und ob es ihr gelingt, eine geordnete Führungsstruktur zu entwickeln, oder ob es dabei bleibt, dass bundgemischt Protestwähler aus allen im gegenwärtigen Bundestag vertretenen Parteien bei ihr vorübergehend Zuflucht finden. Und dass in den jungen Ländern die SED zunächst in der PDS und schließlich in den Linken eine Nachfolge fand und relativ viel Zulauf bekam, hängt nicht zuletzt mit den Schwierigkeiten bei der Überwindung der Folgen der deutschen Teilung zusammen. Trotz vorübergehender Achtungserfolge ist es ihnen in Westdeutschland – bisher? – nicht gelungen, dauerhaft erfolgreich zu sein. In Ostdeutschland beruht ihr Erfolg auch darauf, dass sich die SPD auch in ihren traditionellen Hochburgen, in Thüringen und in Sachsen beispielsweise, sehr schwer getan hat, ein wirklich funktionsfähiges flächendeckendes Netz zu knüpfen – eine späte Folge der Zwangsvereinigung von SPD und KPD. Ob die Linken trotz ihrer überalterten Mitglieder- und Wählerschaft in den jungen Ländern ihren allerdings eingeschränkten Volkspartei-Charakter bewahren können, muss die Zukunft zeigen.

Wenn nach Jahrzehnten eine neue Partei – und sei es aus Verdruss über unsere Parteienlandschaft – auf der Bildfläche erscheint, oder auch eine Partei, weil sich ihre politischen Ziele erfüllt haben oder von der Konkurrenz übernommen worden sind, möglicherweise verschwindet, spricht das nur für die Lebendigkeit unseres politischen Systems.

Jedenfalls bleibt festzuhalten, dass trotz veränderter Parteilandschaft auch heute, im Januar 2016, noch immer elf der sechzehn Länder und der Bund von einer Zweiparteienkoalition aus einer Volkspartei und

einer kleinen Partei oder von einer großen Koalition regiert werden. In zwei Ländern regiert eine der beiden Volksparteien mit absoluter Mehrheit. Der Sonderfall Schleswig-Holstein mit der Sonderrolle des Südschleswigschen Wählerverbands korrigiert diese Feststellung nicht. Nur Baden-Württemberg und Thüringen fallen aus dem Rahmen. Baden-Württemberg, weil in der Koalition von Grünen und SPD die SPD nur den Part des kleineren Partners spielt, ebenso in der Thüringer Koalition, der zugleich einzigen Dreiparteienkoalition.

Ein Warnzeichen für die beiden Volksparteien muss es sein, dass sie keineswegs mehr überall die ersten und zweiten Plätze belegen. In Bremen lag die CDU bei den Landtagswahlen von 2011 hinter den Sozialdemokraten und den Grünen auf dem dritten Platz. Im Osten befinden sich die Linken häufig auf Platz zwei und die SPD erst auf Platz drei. So beispielsweise in Sachsen und in Thüringen.

Natürlich hat auch die Fünf-Prozent-Klausel stabilisierend auf unser Parteiensystem gewirkt. Weil sie zwar Splitterparteien, nicht aber kleine Parteien vom Bundestag fern gehalten hat. Auch diese Klausel ist eine der Konsequenzen aus den Erfahrungen der Weimarer Republik, und sie ist darauf ausgerichtet, stabile dauerhafte Regierungen zu sichern. Ohne Frage: Ein zersplittertes Parteiensystem führt zu instabilen Regierungen, schwächt aber auch die Schlagkraft der Opposition.

Die Stabilität der Bundesrepublik beruht seit Jahrzehnten nicht unwesentlich auf der Existenz zweier Volksparteien, wie sie sich nach den ersten Bundestagswahlen von 1949 herauskristallisiert haben. Obwohl das seitdem im Wesentlichen unverändert geltende Verhältniswahlrecht sie nicht begünstigt, wie etwa das relative Mehrheitswahlrecht Englands und der USA. Beide Volksparteien haben entscheidend zu Sicherung unserer Demokratie beigetragen. Man mag sie noch so heftig kritisieren, sie sind mit dem beispielhaften Aufstieg der Bundesrepublik nach 1945 eng verbunden. Seit 1961 ist die Bundesrepublik immer von einer Volkspartei und einer kleinen Partei gebildet worden. 46 Jahre kam der Kanzler oder die Kanzlerin aus den Reihen der Union, die bei Bundestagswahlen mit wenigen Ausnahmen fast immer über 40 % der gültigen Stimmen erreichte; 20 Jahre aus den Reihen der SPD, die ebenfalls mehrfach über 40 % der Stimmen gewann, allerdings bei den letzten beiden Bundestagswahlen unter 30 % blieb. Die großen Koalitionen von 1966 und 2005 waren Ausnahmen und wurden auch als solche empfunden. Und die gegenwärtige große Koalition erklärt sich aus der Schwäche der kleinen Parteien, nicht aus dem Abschneiden der beiden Volksparteien.

Gelegentlich wird die sinkende Wahlbeteiligung mit der Kritik an den Volksparteien in Verbindung gebracht. Kann man noch von Volksparteien sprechen, wenn sie mitunter nur noch von weniger als der Hälfte der Bevölkerung gewählt werden? Bei mehr Auswahl, so wird argumentiert, wäre das Interesse, zur Wahl zu gehen, größer. Ein Trugschluss, wie ich meine! Natürlich steigt mit der Breite des Angebots die Chance, dass meine Ansichten mit einem der Parteiprogramme übereinstimmen. Aber es wächst auch die Gefahr, sich nach notwendig werdenden Koalitionsverhandlungen im Koalitionsabkommen nicht wieder zu finden. Von Parteischacher ist dann gerne die Rede, wo es doch in Wahrheit darum geht, regierungsfähige Mehrheiten zu erreichen, einer handlungsfähigen Regierung ins Amt zu verhelfen. Dass dabei jede Partei dafür kämpft, möglichst viele im Wahlprogramm und im Wahlkampf vertretene Ziele durchzusetzen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein und den Parteien nicht vorgeworfen und nicht als Parteigeschacher kritisiert werden. Im Gegenteil, sie haben Lob verdient, wenn sie das, was sie vor den Wahlen angekündigt haben, nach den Wahlen auch umzusetzen versuchen.

Wir Deutschen mit unserem Hang zum Perfektionismus sehen am liebsten eine hundertprozentige Wahlbeteiligung. Obwohl uns doch die eigenen Geschichte lehrt: Wahlbeteiligungen von 90 und mehr Prozent sind Krisensignale. In der Welt draußen wäre man mit Wahlbeteiligungen, wie wir sie bei Bundestagswahlen haben, sehr zufrieden. Enttäuschend dagegen, dass etwas an der Europawahl von 2014 nur 48 % der Wähler teilgenommen haben. Absolut unzufrieden muss man mit der sinkenden

Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen, aber vor allem mit der negativen Tendenz bei Kommunalwahlen sein. Es ist enttäuschend, wenn manche Oberbürgermeister oder mancher Landrat bei einer Wahlbeteiligung von nur 35 % gewählt wird. Es enttäuscht, dass Wähler gerade dort zu Hause bleiben, wo ihr Urteilsvermögen am entwickeltsten sein sollte. Allerdings spielt wohl eine Rolle, dass man, wenn man zufrieden ist, weniger motiviert zur Wahl geht, als wenn man etwas auszusetzen hat. Wenn die Wiederwahl eines bewährten Bürgermeisters ansteht, lockt das Wenige hinter dem Ofen hervor. Viele sagen sich: „Der wird ja ohnehin wieder gewählt.“ Aber gleichwohl bin ich gegen jede Wahlpflicht. Zur Freiheit gehört auch das Recht, nicht vom vornehmsten Freiheitsrecht Gebrauch zu machen. Das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, würde die Wahlbeteiligung nicht erhöhen, im Gegenteil. Wer noch nicht volljährig ist, wer noch dem Jugendstrafrecht unterliegt, dem sollte die Bürde der Mitverantwortung für unseren Staat noch nicht auferlegt werden.

Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit – so steht es im Grundgesetz. Parteien sind notwendig, ohne sie kann ein demokratisches Staatswesen nicht existieren. Parteien brauchen Mitglieder, brauchen ein flächendeckendes Organisationsnetz und sie brauchen ein Programm, das deutlich macht, wofür sie stehen und was ihr Markenkern ist. Insgesamt weit mehr als eine Million Mitglieder sorgen in Deutschland dafür, dass politische Diskussionen stattfinden, Beschlüsse gefasst werden, dass Kandidaten nominiert und das Wahlkämpfe geführt werden können. Sie bilden das Rückgrat unserer demokratischen Ordnung in den Gemeinden, in den Kreisen, den Ländern und im Bund. Man sollte ihnen gelegentlich auch einmal danken. Die Zahl der Mitglieder auch in den Volksparteien geht zurück.

Und die Motivation der Parteimitglieder hat sich verändert. Man tritt einer Partei heute bei, weil man tatsächlich etwas bewirken, weil man mitgestalten und tätig werden will. Selten aus Tradition und in der Absicht, sich nicht selbst zu engagieren. Aber auch das Wahlverhalten der Bürger in der Bundesrepublik hat sich geändert, man kann sagen, sie sind wählerischer geworden. Der Anteil der sogenannten Stammwähler nimmt insbesondere bei den Volksparteien weiter ab, und die Zahl der Nichtwähler hat deutlich zugenommen. Man sollte den Nichtwählern nicht generell vorwerfen, sie seien desinteressiert, bequem und sie scheuten die Mühe zu Wahl zu gehen. Vielmehr gibt es inzwischen eine wachsende Gruppe „wählender Nichtwähler“. Die Reihen derer, die aus politischer Überlegung nicht zur Wahl gehen, hat deutlich zugenommen, viele von ihnen wenden sich von der bisher gewählten Partei ab, aber deswegen nicht anderen Parteien zu. Viele wollen auch dadurch ihren Protest, zum Beispiel gegen zu wenig Unterscheidungsmerkmale, zum Ausdruck bringen. Viele meinen, Parteien seien sich in den letzten Jahrzehnten immer ähnlicher, zu ähnlich, geworden. Sie wetteiferten zwar um die Gunst der Wähler, vermieden aber Kante zu zeigen, für die sich zu engagieren oder gegen die sich zu kämpfen lohnte.

Die beiden Volksparteien sollten den von Franz Josef Strauß immer wieder formulierten Grundsatz nicht aus den Augen verlieren: Beide Volksparteien werden nur solange erfolgreich sein, wie sie an ihren Rändern keine Konkurrenz zulassen. Für die Union ist aktuell, wegen des Entstehens der AfD, besondere Wachsamkeit geboten. Der SPD sollte insbesondere in den neuen Ländern die Rückgewinnung verlorener Wähler an ihrem linken Rand gelingen.

Trotz mancher Veränderungen: Eine ernsthaft Krise des Parteiensystems oder gar eine ernsthafte Bedrohung der Stabilität der Bundesrepublik kann ich nicht erkennen. Aber erkennbare Haarrisse verlangen Wachsamkeit. Die Volksparteien haben nicht ausgedient. Sie dürfen ihren Charakter nicht aufgeben, sie dürfen nicht zu Schönwetter- oder Gefälligkeitsparteien zusammenschrumpfen. Sie müssen Kante zeigen. Dann werden sie auch Zukunft haben.

Bernhard Vogel (1932) hat in Heidelberg und München PolitischenWissenschaft, Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft studiert und war dann bis 1967 Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg. Er war von 1965 – 2004 Bundestags- bzw. Landtagsabgeordneter, Kultusminister in Rheinland-Pfalz (1967 – 1976) sowie Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz (1976- 1988) und Thüringen (1992 – 2003).. Außerdem war u. a. Vorsitzender des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (1972 – 1976) und der Konrad-Adenauer-Stiftung (1989 – 1995 und 2001 – 2009). Er gehört zu den Herausgebern von kreuz-und-quer.de

Stephan Eisel

Die Landtagswahlen vom März 2016:

Herausforderung für die Mitte

In unserer Mediengesellschaft sind Landtagswahlen immer mehr momentane Stimmungsbilder, bei denen Landespolitik als der ausschlaggebende Entscheidungsgrund in den Hintergrund tritt. Vor fünf Jahren dominierte im Frühjahr 2011 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt die Reaktorkatastrophe von Fukushima. Im März 2016 stand in diesen Bundesländern die Flüchtlingsfrage im Vordergrund. Wiederum spielten landesspezifische Themen eine nachrangige Rolle. Die Analyse der drei Landtagswahlergebnisse darf dies nicht ausblenden:

1. Deutliche Steigerung der Wahlbeteiligung

Erfreulich ist, dass die Wahlbeteiligung bei allen drei Landtagswahlen jeweils um ca. zehn Prozent angestiegen ist. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass die immer wieder verbreitete Behauptung, Wahlbeteiligungen gingen ständig zurück, falsch ist. Sie unterliegen Wellenbewegungen: Wenn Wähler merken, dass ihre Stimme einen Unterschied macht, gehen sie zur Urne. Das haben die Landtagswahlen am 13. März erneut bestätigt. Die Wahlbeteiligung stieg dort auf das Niveau der letzten Bundestagswahl. Umso schwerer wiegen die Ergebnisse.

2. Ministerpräsidenten bestätigt, Regierungen abgewählt

Bei allen drei Landtagswahlen haben die Parteien gewonnen, die den Ministerpräsidenten stellen: In Baden-Württemberg die Grünen mit Wilfried Kretschmann (30,3 Prozent / + 6,1 Prozent), in Rheinland-Pfalz die SPD mit Malu Dreyer (36,2 Prozent / + 0,5 Prozent) und in Sachsen-Anhalt die CDU mit Reiner Haselhoff (29,8 Prozent / - 2,7 Prozent). In unsicheren Zeiten - und als solche empfinden viele Wähler die Flüchtlingsbewegung - werden bekannte Gesichter bevorzugt. Zugleich haben aber in allen drei Fällen die jeweiligen Regierungen ihre Mehrheit verloren: Rotgrün in Baden-Württemberg mit - 4,3 Prozent und in Rheinland-Pfalz mit - 9,6 Prozent und CDU/SPD in Sachsen-Anhalt mit - 13,6 Prozent.

3. Demokratische Parteien mit schweren Einbrüchen

Für die CDU ist das Ergebnis in Baden-Württemberg katastrophal (- 12 Prozent), in Rheinland-Pfalz enttäuschend (- 3,4 Prozent) und in Sachsen-Anhalt hinnehmbar (- 2,7 Prozent). Insbesondere kann die Union angesichts des Einbruchs in ihrem einstigen Stammland Baden-Württemberg nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Dort ist die CDU in zehn Jahren von 44 auf 27 Prozent abgestürzt. Gedankenspiele, nach dem Verlust von fast einem Drittel der Stimmen bei dieser Wahl, eine Landesregierung ohne den Wahlsieger Kretschmann zu bilden, fügen der CDU weiteren Schaden zu. Nur wer eine Niederlage akzeptiert, kann den Wiederaufbau erfolgreich beginnen.

Trotz ihres Erfolgs in Rheinland-Pfalz ist das Ergebnis für die SPD desaströs. Die CDU behauptet in der Niederlage überall Platz 2, die SPD stürzt hingegen auf Platz 4 hinter die AfD ab: In den Flächenländern Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt hat sie sich von einem schon bisher niedrigen Niveau auf nur noch 12,7 bzw. 10,9 Prozent der Stimmen halbiert.

Ähnliches gilt für die Grünen: Der Erfolg in Baden-Württemberg überdeckt den Einbruch in Rheinland-Pfalz mit einem Verlust von 10,1 Prozent auf nur noch 5,3 Prozent und den weiteren Verlust auf bereits niedrigem Niveau in Sachsen-Anhalt (5,2 Prozent / - 1,9 Prozent). Die Fünf-Prozent-Hürde ist für die Grünen wieder ein Thema.

Erfolgreicher schnitt die FDP ab und zog in Baden-Württemberg (8,3 Prozent / + 3 Prozent) und Rheinland-Pfalz (6,2 Prozent / + 2 Prozent) wieder in den Landtag ein. In Sachsen-Anhalt scheiterte sie knapp (4,9 Prozent / + 1,1 Prozent). Es sollte aber nicht übersehen werden, dass die Ergebnisse mit einer Oppositionsstrategie gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung erzielt wurden. Der politische Weg der FDP bleibt offen.

4. Schockierende Erfolge für die AfD

Die AfD hat sich mit ihrer dumpfen ausländerfeindlichen und anti-europäischen Demagogie als Protestpartei etabliert und überall zweistellige Ergebnisse erzielt: In Rheinland-Pfalz 12,6 Prozent, in Baden-Württemberg 15,1 Prozent und in Sachsen-Anhalt sogar 24,2 Prozent. Ausserdem eroberte sie 17 Direktmandate (15 in Sachsen-Anhalt, zwei in Baden-Württemberg). Die AfD ist jetzt in der Hälfte aller Landesparlamente vertreten. Das sind erschreckende Zahlen.

Von den ca. 1,2 Mio AfD-Wählern bei den drei Landtagswahlen kommen ca. 390.000 aus dem bisherigen Nichtwählerbereich und ca. 250.000 haben zuletzt andere kleinere Protestparteien gewählt. Die CDU hat rund 270.000 ihrer bisherigen Wähler an die AfD abgegeben, die SPD etwa 150.000, die Grünen ca. 80.000, die Linke ca. 65.000 und die FDP etwa 35.000. Keine Partei kann sich von der Verantwortung für die Erfolge für AfD freisprechen.

Am Rande sei übrigens noch erwähnt, dass der Versuch der Ausweitung in den Westen für die Linke mit 2,9 Prozent in Baden-Württemberg und 2,8 Prozent in Rheinland-Pfalz erneut und vermutlich endgültig gescheitert ist. Auch das schwache Ergebnis in Sachsen-Anhalt (16,3 Prozent / - 7,4 (Prozent) zeigt die Probleme der Partei.

5. Herausforderung für die Mitte

Eine der Konsequenzen der AfD-Erfolge ist die drastische Einschränkung der Möglichkeiten demokratischer Parteien zur Mehrheitsbildung. Eine (vermeintlich) grosse Koalition aus CDU und SPD ist nur noch in Rheinland-Pfalz mehrheitsfähig. In Sachsen-Anhalt bleibt nur die Option einer Koalition aus CDU, SPD und Grünen. In Baden-Württemberg besteht nur die Alternative von Grün-Schwarz oder ein Bündnis von Grünen, SPD und FDP, denn eine Regierungsbildung aus CDU, SPD und FDP unter Ausblendung des Wahlsiegs von Wilfried Kretschmann ist politisch nicht vermittelbar.

Eine nicht zu unterschätzende Gefahr besteht darin, dass sich die AfD gegenüber all diesen Regierungskoalitionen als bestimmende Oppositionskraft gerieren kann. Hier liegt die entscheidende Herausforderung für die politische Mitte: Die demokratischen Parteien müssen bei aller prinzipiellen Bündnisfähigkeit miteinander auch die Kraft haben, sich als Alternativen mit unterschiedlichem Profil zu präsentieren. Je mehr die Unterscheidbarkeit demokratischer Alternativen auf der Strecke bleibt, desto eher können sich demagogische Populisten als Alternative darstellen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für die CDU in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die konkrete Frage, ob nicht schon aus demokratiepolitischen Gründen die Verantwortung für eine starke Opposition der Rolle als Juniorpartner in einer Regierung vorzuziehen ist.

Dr. Stephan Eisel (1955) war als Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009 Mitglied im Europaausschuss und u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Seit 2010 ist er in der Konrad-Adenauer-Stiftung Projektleiter für „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung kreuz-und -quer.de

21. März 2016

Stefan Holtmann

Osterwort 2016

„Ich habe unzählige Osterpredigten gehalten. Sie sind alle gescheitert, denn die Sprache bekommt Ostern nicht in den Griff.“ (Kurt Marti⁴)

Wenn es schon dem wortmächtigen Dichter und Theologen Kurt Marti so ergeht, beginne ich zu zögern. Wie soll ich das Unfassbare in Worte fassen? Wie könnte ich versuchen, mich mit meiner Sprache dieses Ereignisses zu bemächtigen, das genau dort von Gottes Handeln redet, wo der Mensch mit seinem letzten Atemzug verstummen muss und gänzlich machtlos ist?

Nein, die menschliche Sprache bekommt Ostern nicht in den Griff. Unsere Worte können weder rationale Erklärungen für diese Ereignisse liefern, noch können sie uns überzeugende Bilder vor Augen malen. Am Ende ist nichts als das leere Grab zu sehen. Und hierfür gäbe es vielfältige Erklärungen mit höherer Wahrscheinlichkeit als die, dass Christus auferstanden ist. Die Sprache stößt an die Todesgrenze des Karfreitags. An dieser Stelle versagen die Worte ihren Dienst, und Schweigen wäre gewiss leichter.

Die Ostererzählung und mit ihr das gesamte Evangelium nach Markus endet mit den Worten: *„Und sie sagten niemandem etwas; den sie fürchteten sich.“* Gemeint sind die Frauen, die bis zuletzt dem Verurteilten und Gekreuzigten gefolgt waren und nun im Angesicht der Auferstehungsbotschaft die Flucht ergreifen. Auch wenn Furcht und Zagen eine begreifliche und in der biblischen Überlieferung oft bezeugte Reaktion auf Erscheinungen Gottes sind, lässt dieses Schweigen aufmerken. Letzte Worte pflegen schließlich theologisch besonders gehaltvoll zu sein. In diesem Fall sind sie in meinen Augen auch seelsorgerlich durchdacht. Die Auferstehungsbotschaft setzt die schweigende Trauer an den Gräbern dieser Welt nicht außer Kraft. Sie führt aber durch die Trauer hindurch und bringt ihre Hoffnung zur Sprache, wenn es an der Zeit ist. Auch für die Frauen wäre das Schweigen einfacher – doch sie müssen erzählt haben, denn wir haben gehört, was sie zunächst niemandem sagen wollten.

„Christus ist auferstanden! Er ist wahrhaftig auferstanden!“

So lautet der alte Ostergruß der Christenheit, der auch in diesem Jahr zu hören ist und das Schweigen unterbricht. Er spricht gleich zweifach aus, und beim zweiten Mal noch eindringlicher bekräftigend, was der Glaubende von sich aus nicht zu glauben wagt. Als ob man es beim ersten Sprechen noch nicht wahrhaben wollte, dass es wahrhaftig ist: *„Christus ist auferstanden!“*

Diese Worte werden am Ostermorgen vom Entzünden der Osterkerze und vom Klang der Trompeten und Posaunen auf den Friedhöfen begleitet. Das Licht verschafft sich Raum im Dunkel. Wo die Welt finster und umnachtet scheint, wird ein Zeichen der Anwesenheit Gottes gesetzt. Das fröhliche Osterlob unterbricht die verordnete Grabesstille auf den Gottesäckern und erinnert daran, dass *„Totenruhe“* im christlichen Sinne nur ein sehr vorläufiger Begriff sein kann.

„Christus ist auferstanden“ – was unsere Worte nicht fassen, malen oder erklären können, drängt doch zur Sprache, denn wir dürfen unserer Welt das Licht nicht vorenthalten, das den dunklen Ecken ihren Schrecken nimmt. Und wir können um Gottes willen auch die Grabesstille nicht ungebrochen über den Gräbern schweben lassen.

⁴ Kurt Marti, *Gott im Diesseits. Versuche zu verstehen*, Stuttgart 2012, S. 87.

Die Auferstehungsbotschaft drängt in diese Welt, um die Lebensbotschaft auch an den Todesorten nicht vergessen zu lassen. Licht, Klang und Sprache können die Sache zwar nicht fassen. Sie werden daran scheitern, die Auferstehungsbotschaft zu begründen. Aber sie können die Sprache der Todesmacht in ihrer realen Machtlosigkeit enttarnen. Das Leben ist stärker als der Tod. Sie können zur Unterbrechung der vielen Worte werden, die gerade davon nichts wissen wollen, weil sie das Vorletzte und seine Gesetzmäßigkeiten zur letzten Weisheit erklären und sich mit der Trostlosigkeit – vielleicht nicht hier, sondern andernorts – zufrieden geben wollen.

Auferstehung und Aufstand gegen die Todesmächte hängen darum zusammen. Nicht dass sich mit der Auferstehungsbotschaft revolutionäre Politik machen ließe. Aber die Auferstehungsbotschaft lässt uns dort nicht schweigen, wo das Leben nicht geachtet wird. Sie schärft die Sinne für die dunklen Flecken unserer Wahrnehmung. Wir dürfen dem Tod um Gottes Willen keine Ruhe lassen – und ich hoffe, dass auch an den Stränden von Lesbos und Lampedusa die Botschaft des Auferstandenen zu Gehör gebracht wird. Denn der Gekreuzigte ist auch für jene auferstanden, die an ihrer Hoffnung auf ein besseres Leben zugrunde gehen.

Die Sprache bekommt Ostern nicht in den Griff – denn Christus ist wahrhaftig auferstanden. Es liegt in der Natur der Sache, dass unsere Worte nur ein Hinweis auf das sein können, was *ohne uns*, doch umso mehr *für uns* geschehen ist. Hier zu schweigen ist schlechterdings unmöglich. Doch wo wir das Wort ergreifen, bleibt es ein Wagnis, und unser Scheitern ist wahrscheinlich.

„Das Scheitern der Osterpredigten war und ist unvermeidlich“, schreibt der nachdenkliche Dichter und Theologe. „Vielleicht macht gerade dieses Scheitern sie glaubwürdig?“ Glaubwürdig, weil das Ostergeschehen eben nicht von dieser Welt ist.

Dr. Stefan Holtmann (1977) ist Pastor der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland an der Christkirche zu Rendsburg. Er hat von 1996-2002 Ev. Theologie in Bielefeld-Bethel und Münster studiert und im Anschluss eine Dissertation zur Rezeption der Theologie Karl Barths verfasst. Von 2012-2014 hat er einen Lehrauftrag für Systematische Theologie an der Universität Göttingen wahrgenommen. Er ist verheiratet und hat eine Tochter.

22. März 2016

Ruprecht Polenz

Gemeinsam und überlegt Terror vorgehen

Ruprecht Polenz, bis 2013 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, hat seine Gedanken zu den Terroranschlägen in Brüssel in zehn Punkten zusammengefasst:

1. Tiefes Mitgefühl für die Opfer und ihre Angehörigen und Freunde.
2. Nicht zuletzt Ihnen schulden wir alle Anstrengungen, die Täter zu fassen und vor Gericht zu stellen.
3. Wie die immer länger werdende Liste terroristischen Anschläge zeigt (Paris, Ankara, Istanbul, Brüssel ...) ist der internationale Dschihad-Terrorismus ein GLOBALES Problem, das ALLE STAATEN bedroht.
4. Deshalb muss die internationale Zusammenarbeit gegen diesen Dschihad-Terrorismus verstärkt und deutlich verbessert werden. Die UN-Resolutionen nach dem 11.09.2001 weist in die richtige Richtung.
5. Der Kampf gegen den Dschihad-Terrorismus hat (mindestens) zwei Dimensionen: 1. eine polizeilich/geheimdienstliche und in bestimmten Lagen militärische Dimension und 2. eine ideologische Dimension.
6. Um Terroristen zu fassen und ihre Netzwerke zu zerschlagen, ist polizeiliche und geheimdienstliche Arbeit gefragt. Hier muss deutlich mehr investiert werden als bisher. Dazu gehört nicht zuletzt ein wesentlich verbesserter Informationsaustausch. Wo ganze Landstriche von den Dschihad-Terroristen kontrolliert werden, ist militärischer Einsatz möglichst breiter internationaler Koalitionen erforderlich, um diese Kontrolle zu beenden.
7. Die ideologische Dimension des Kampfes gegen den Dschihad-Terrorismus hat das primäre Ziel, die Rekrutierung immer neuer Terroristen zu verhindern. Dazu muss dieser Ideologie jeder Anschein einer Legitimation entrissen werden. Sie muss entlarvt werden, als das, was sie ist: nihilistisch, kriminell, inhuman und gegen alles gerichtet, was menschliches Zusammenleben ohne permanente blutige Gewalt ermöglicht.
8. Weil sich die Dschihad-Terroristen auf den Islam als Rechtfertigung für ihre Gräueltaten berufen, kommt den Muslimen und ihren religiösen Repräsentanten bei dieser ideologischen Dimension des Kampfes gegen den Dschihad-Terrorismus und der Zurückweisung seiner Anmaßungen eine besondere Rolle zu.
9. Das strategische Ziel von Anschlägen wie heute in Brüssel ist eine Destabilisierung unserer offenen, freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaften, die täglich unter Beweis stellen, dass wir mit unterschiedlichen Weltanschauungen als "mannigfaltig Verschiedene" (Amartya Sen) zusammenleben können. Dumpfes Freund-Feind-Denken soll die unterschiedlichen Gruppen unsere Gesellschaft auseinander und gegeneinander treiben. Generelles Misstrauen und eine zunehmende Polarisierung soll vor allem die Muslime in die Hände der Dschihad-Terroristen treiben.
10. Es liegt an uns allen, diese Rechnung zu durchkreuzen.